

Beratung der deutschen Städte Oesterreichs.

Ernährungsangelegenheiten.

Gestern nachmittags fand im Gemeinderats-Saal des Wiener Rathhauses eine stark besuchte Sitzung des erweiterten Ausschusses des Bundes der deutschen Städte Oesterreichs statt. Gegenstand der Beratung waren ausschließlich Ernährungsfragen. Vor der Ausschusssitzung fand eine Sitzung der Geschäftsleitung statt, in welcher eine Reihe dringender Fragen besprochen wurde.

Die Sitzung des erweiterten Ausschusses wurde vom Bürgermeister Dr. Weiskirchner eröffnet. Das Präsidium des Bundes erlaubt sich, jenen Kollegen, welche vom Kaiser ausgezeichnet wurden, die wärmsten Glückwünsche auszubringen. Bei der Aulienz, welche der Wiener Gemeindevertretung vom Kaiser gewährt wurde, hatte Seine Majestät die Güte, die außerordentliche Tätigkeit der Stadtverwaltungen im Kriege anzuerkennen. Wir können mit Stolz auf diese Auszeichnungen blicken, die uns ein Ansporn sein werden, auch weiter unsere besten Kräfte in den Dienst der Allgemeinheit zu stellen.

Suldigung für den Kaiser.

Der Bürgermeister gedachte sodann des Kaisers und beantragte nachstehendes Telegramm abzusenden:

„Einhundertfünfzig deutschösterreichische Städte und Märkte, welche im Bund der deutschen Städte Oesterreichs vereinigt sind und deren Vertreter sich heute zum erstenmal seit dem Regierungsantritte Eurer kaiserlichen und königlichen apostolischen Majestät versammelten, erneuern das Gelöbnis unverbrüchlicher Liebe und Treue zu Kaiser und Reich. Sie danken Euer Majestät auf das ehrfürchtvollste für das von edelster Menschlichkeit zeugende Friedensangebot, nach dessen übermütiger Zurückweisung durch die Feinde wir im Verein mit unseren bewährten Bundesgenossen kämpfen werden bis zum endgiltigen Siege. Die deutschen Städte Oesterreichs, seit Kriegsbeginn eifrig bemüht, den ihnen erwachsenen neuen großen Aufgaben und verantwortungsvollen Pflichten gerecht zu werden, werden auch in Zukunft durch Anspannung aller Kräfte in ihrem Wirkungsbereich dazu beitragen, daß wir durchhalten bis der ehrenvolle Friede für unser Vaterland erkämpft ist.“

Die Versammlung hatte durch Erheben von den Sitzen ihre Zustimmung erteilt.

Die Aufgaben der Stadtverwaltungen im Kriege.

Der Obmann der Geschäftsleitung Reichsrats-Abgeordneter Kraft erstattete sodann Bericht über die Tätigkeit der Geschäftsleitung, die sich hauptsächlich mit Approvisionierungsfragen befaßt. Die Schwierigkeiten auf diesem Gebiete sind den Bürgermeistern am besten bekannt. Sie haben ihren Grund nicht allein in der Knappheit der im Inlande vorhandenen Nahrungsmittel, sondern auch darin, daß es immer noch nicht gelungen ist, die vorhandenen Vorräte zu erfassen und in einer den Interessen der Allgemeinheit entsprechenden Weise zu verteilen. Die Schaffung des Amtes für Volksernährung begrüßen wir mit Freude und wir hoffen, daß die Ausgestaltung dieses Amtes dadurch, daß dessen Präsident den Rang eines Ministers bekleidet und Er. Majestät dem Kaiser unmittelbar Vortrag erstatten kann, gute Früchte zeitigen wird. Aber durch die Verzögerung dieser Maßregel, welche der Städtebund und viele andere Faktoren des öffentlichen Lebens schon vor mehr als Jahresfrist forderten, ist viel kostbare Zeit versäumt worden, die Vorräte sind knapper geworden, die Lebensmittelpreise haben infolge des uferlosen Wuchers eine für weite Kreise der Bevölkerung katastrophale Höhe erreicht, die Transportbeschwerden sind so groß wie noch nie, kurz, es wird hier ganzer Arbeit bedürfen, um in die Volksernährung jene Ordnung zu bringen, welche nötig ist, damit das Durchhalten im Hinterland gesichert sei. Für die Städte ist es im Laufe der Zeit immer schwerer geworden, die Nahrungsbedürfnisse der Bevölkerung zu befriedigen, denn sie sind von den Zentralstellen abhängig, deren Zuteilungen den Bedürfnissen nicht entsprechen. Sozusagen automatisch hat der Bund begonnen, sich mit der Vermittlung von Approvisionierungsartikeln an seine Mitglieder zu beschäftigen. Auf Vorschlag des Magistratsdirektors Grüner aus Troppau wird eine Einkaufsstelle deutscher Städte und Märkte Oesterreichs als Genossenschaft m. b. H. gegründet werden, die zwar im Einvernehmen und mit Unterstützung des Bundes, im übrigen aber selbständig zu arbeiten haben wird. Die Einkaufsstelle, jetzt ein Kind der Not, soll in Zukunft ein wichtiges Instrument für die Städteapprovisionnement werden. Eine Abordnung des Bundes wird sich zum Minister für Volksernährung begeben, um ihm die Ergebnisse der heutigen Erörterung zur Kenntnis zu bringen.

Bürgermeister Dr. Schnitzler (Brünn) erörtert die einzelnen Punkte der Entschließung. Redner betont, daß wir auf die Erzeugung aller notwendigen Bedarfsartikel unser größtes Augenmerk lenken müssen, weil ja die Einfuhr immer schwieriger wird. Weiter wendet sich der Redner gegen die Anhäufung der Nahrungsmittel zu Spekulationszwecken und gegen die Hamstererei. Unangenehm notwendig sei auch ein Anbotzwang der Eigentümer und

die Vorräte unter Sperre zu legen. Redner wendet sich gegen die Festsetzung von lokalen Höchstpreisen. Ein Inzangefassen des Abbaues der Preise sei schon heute unbedingt notwendig. In seinen weiteren Ausführungen vertritt der Redner bekannte Konsumtenforderungen auf gerechte Verteilung der Lebensmittel, dann Einräumung stärkeren Einflusses an Gemeindeverwaltungen beim Zustandekommen von Verordnungen u. dgl.

Obmannstellvertreter Oberkurator v. Steiner, welcher den Vorsitz übernommen hat, machte den Vorschlag, die Debatte nach vier Gruppen abzuführen, und zwar Erzeugung, Erfassung der Vorräte, Preisregelung und Verteilung.

Die Vorräte -- kein Ersatz für Erdäpfel.

Bürgermeister Dr. Boelheim (Mährisch-Schönberg) erklärt, daß die zur Abgabe gelangenden deutschen Rohrüben durchaus nicht als Ersatz für Kartoffeln betrachtet werden können. Der andauernde Mangel an Kartoffeln könnte zu unangenehmen Konsequenzen führen und es wäre deshalb bei der Vortrage beim Ernährungsminister darauf besonderes Gewicht zu legen. Der Redner wünscht schließlich eine möglichst genaue Umschreibung des Begriffes „Hamstern“.

Bürgermeister Bornemann (Aussig) bezeichnet es als sehr wichtig, daß es gelinge, die landwirtschaftlichen Produkte vom Erzeuger, soweit er deren nicht unbedingt bedarf, in möglichst vollständigem Ausmaße zu erlangen. Viele Landwirte fürchten aber, daß man ihnen auch die Saatkartoffeln wegnimmt. Da den Gemeinden nicht genügende Mengen von Nahrungsmitteln von den verschiedenen Zentralstellen zur Verfügung gestellt werden, werden sie oft gezwungen, die Höchstpreise zu übertreten.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner: Die Nahrungsmittel müssen nicht nur im eigenen Lande erfährt werden, sondern auch in den okkupierten Gebieten, sofern sie die Militärverwaltung nicht benötigt. Die Stadt Wien hat versucht, aus russisch-polen verschiedene Artikel zu beziehen. Nur mit Mühe ist es gelungen, daß uns drei Kreise zugewiesen wurden, aus denen wir Eier beziehen können. Nunmehr verlaufe, daß die Eierversorgung in die Hände einer Zentralstelle gelegt werden soll. Jetzt, nachdem wir die Sache organisiert haben und der Apparat gut funktioniert, kommt eine Zentralstelle, welche sich als Zwischenglied einschleibt. Wir müssen also vom Ernährungsminister verlangen, daß die Vorräte die in genügenden Mengen in den okkupierten Ländern vorhanden sind, auch dem Hinterlande zugänglich gemacht werden. Wenn über den Waggonmangel geklagt wird, so müssen wir uns vor Augen halten, daß ein solcher schon im Frieden bestanden hat. Nachdem diesem Uebelstand augenblicklich nicht abgeholfen werden kann, so muß getrachtet werden, daß eine möglichst zweckmäßige Disposition der Waggons präpariert. Der Vorschlag ist auch für die bevorstehende Verkehrsbeschränkung auf den Wiener Straßenbahnen beachtenswert. — (Red.)

Die Klagen der Grager.

Amtdirektor Dr. Plochl (Graz) weist darauf hin, daß es den Gemeinden ermöglicht werden müsse, durch Beistellung von Futtermitteln die Milchproduktion in eigener Regie zu führen und zu heben. Redner klagt über die Versorgung der Stadt Graz mit Kartoffeln, die zum größten Teile aus Galizien bezogen werden müssen und meist in schlechtem Zustande in Graz ankommen.

Diesseits und Jenseits.

Bürgermeister Graf (Bruck a. d. Weitha) gibt ein Bild über die Verpflegungsverhältnisse in diesem Orte; diese Stadt ist keineswegs besser versorgt, im Gegenteil, in manchen Belangen sei sie noch schlechter daran. Es werde sehr viel Ware nach Ungarn verschleppt, es werde aber andererseits mit großer Schärfe darüber gewacht, daß nichts von Ungarn nach Oesterreich herinkomme. Auch er bespricht den schädlichen Kettenhandel.

Bürgermeister Dr. Homma (Znaim), Bürgermeister Dr. Kiegelhofer (Waidhofen a. d. Ybbs) und Bürgermeister Lamussino (Mödling) besprechen eine Reihe von Detailfragen.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner

Redner sagt, daß das vom Herrn Vertreter der Stadt Aussig angeordnete Streben, die kriegsindustriellen Arbeiter bei der Requisitionierung in einem eigenen Verbande zusammenzuschließen, kein Geheimnis mehr sei. Dieses Bestreben gelte auch auf die in den kriegsindustriebetrieben angeführten Beamten und Arbeiter. Durch diese in Aussicht genommene Maßregel werden den Gemeinden Schwierigkeiten bereitet. Redner gibt der Meinung Ausdruck, daß, wenn die Regierung oder die Militärverwaltung Wert darauf legen, die genannten Betriebe besonders zu versorgen, die strikte Forderung aufgestellt werden müsse, daß eine gleichmäßige Distribution erfolge. Ferner betont Redner die Notwendigkeit einer gleichmäßigen Handhabung der Höchstpreise in den beiden Reichshälften, die Höchstpreise müssen systematisch verordnet werden und dürfen nicht lokaler Natur sein.

Amisrat Dr. Walentin (Marburg) tritt für die Einstellung eigener Beamter in größeren Konsumzentren ein, die sich mit der Bekämpfung von Spekulation und Preiserei befaßen hätten.

Reichsratsabgeordneter Bachor regt an, daß der Bund der deutschen Städte ebenso wie der Deutsche Nationalverband die Rechnungslegung der Zentralstellen verlange. Redner führt Fälle von Preissteigerungen an und weist darauf hin, wie sich die Zentralbehörden z. B. bei Leder, Zucker usw. in den genannten Fällen verhalten hätten. Redner teilt mit, daß im Handelsministerium ein Petroleumbeirat gegründet werde. Des

weiteren betont er, daß die Hoffnungen, die man an die Gründung des Ernährungsministeriums knüpfte, nicht so rosig seien, da die Frage der Kompetenzen durchaus noch nicht hinwegfalle.

Reichsratsabgeordneter Kraft setzt das Verhältnis zwischen Waren und Geld auseinander.

Die Entschließung.

Es wurde sodann folgende Entschließung einstimmig angenommen:

„Der Bund der deutschen Städte Oesterreichs begrüßt die von ihm wiederholt geforderte Errichtung eines Reichsamtes für Volksernährung und die Bekleidung des Präsidenten dieses Amtes mit dem Range eines Ministers. Er gibt der Hoffnung Ausdruck, daß es dem Amt für Volksernährung gelingen wird, alle Maßnahmen zu treffen, damit die vorhandenen Vorräte an Nahrungsmitteln und anderen unentbehrlichen Bedarfsartikeln in der geeignetsten und gerechtesten Weise verwendet werden. Zu diesem Behufe werden insbesondere folgende Forderungen gestellt:

1. Erzeugung. Es sind rechtzeitig alle Vorkehrungen zu treffen, damit die Ertragsfähigkeit des Bodens im vollsten Maße ausgenutzt und eine ausreichende Versorgung der Bevölkerung in diesem und im nächsten Jahre gewährleistet werde. Hierbei ist der Sicherstellung der erforderlichen Arbeitskräfte und Zugtiere, sowie auch der Bereitstellung der Futtermittel zu angemessenen Preisen ein besonderes Augenmerk zuzuwenden.

2. Erfassung der Nahrungsmittel. Die bestehenden Verordnungen sind streng durchzuführen, gegen Anhäufung von Nahrungsmitteln zu Spekulationszwecken und gegen die Hamsterei sind die noch notwendigen Vorkehrungen zu treffen. Allen unethischen Nahrungsmitteln sind, soweit dies noch nicht geschehen ist und ihre Natur es zuläßt, unter Sperre zu legen, ein Anbotzwang der Eigentümer ist festzustellen und wo es nötig ist, muß mit der Beschlagnahme vorgegangen werden.

3. Preisregelung. Die Einhaltung der gesetzlich festgestellten Höchstpreise ist sorgfältig zu überwachen. Es muß aber auch für die Möglichkeit der Einhaltung der Höchstpreise dadurch gesorgt werden, daß die Verordnungen über die Höchstpreise in ein System gebracht werden, welches vom Erzeuger bis zum letzten Verkäufer reicht, jedermann, der in geschäftlicher und notwendiger Weise zur Verteilung der Waren beiträgt, einen bürgerlichen Gewinn sichert und den Kettenhandel ausschaltet. Höchstpreise ohne gleichzeitige staatliche Bewirtschaftung sind wirkungslos und haben immer zu einem Verschwinden der betreffenden Waren geführt. Dies gilt insbesondere von lokalen Höchstpreisen, welche unbedingt zu vermeiden sind. Bezüglich der Preisbildung ist auch durch Eindämmung des Banknotenumlaufes dafür Sorge zu tragen, daß der Wert des Geldes gehoben werde und damit ein systematischer Abwärtstrend der Preise aller Bedarfsartikel erfolge.

4. Verteilung. Die durch die behördlich legitimierten Zentralstellen zur Verteilung gelangenden Nahrungsmittel und Bedarfsartikel müssen allen Ländern und allen Kreisen der Bevölkerung gleichmäßig zugänglich gemacht werden, wobei die notwendige Bevorzugung der Schwerarbeiter aufrecht zu bleiben hat. Doppelverordnungen sind auch in allen öffentlichen Auspfeisungsstellen streng zu vermeiden. Bei den vom Staat eingeleiteten Approvisionierungsstellen ist auf möglichst verbilligte Verwaltungseinrichtungen hinzuwirken und es sind diese Stellen zur öffentlichen Rechnungslegung zu verpflichten. Die Verteilungspläne müssen überprüft und insbesondere muß dahin gewirkt werden, daß alle überflüssigen Verfrachtungen unterbleiben, indem die in einem Bezirk vorhandenen Nahrungsmittel zunächst zur Deckung des Eigenbedarfes Verwendung finden. Dadurch wird zweifellos auch eine Verringerung der Transportbeschwerden erzielt werden, denen das Ernährungsamt auch sonst ein besonderes Augenmerk zuwenden müssen. Die Verteilung der Lebensmittel und sonstigen Bedarfsartikel an die Verbraucher hat, wenn sie nicht durch die Gemeinde selbst geschieht, unter deren maßgebendem Einfluß zu erfolgen.

Der Bund der deutschen Städte Oesterreichs erwartet von dem Reichsamte für Volksernährung insbesondere eine Verbesserung der Versorgung der Städte mit Mehl, Kartoffeln, Hülsenfrüchten, Fett und Milch, aber auch die Lösung der immer dringlicher werdenden Kohlen- und Petroleumfrage.

Der Bund der deutschen Städte Oesterreichs ist überzeugt, daß mit den vorhandenen Vorräten

das Durchhalten möglich

ist, er erachtet es jedoch für seine Pflicht, die verantwortlichen Stellen dringendst aufzufordern, in die Lebensmittelversorgung jene Ordnung zu bringen, welche die bestmögliche Verwendung und Verteilung gewährleistet. Den städtischen Verwaltungen ist durch eine lange Reihe von Regierungsmaßnahmen fast jede Initiative auf dem Gebiete der Lebensmittelbeschaffung entzogen worden. Umso berechtigter ist die Forderung, daß die Regierung durch die von ihr bestellten Organe alles vorklehre, damit die städtischen Verwaltungen ihren auf dem Gebiete der Approvisionierung liegenden Aufgaben gerecht werden können.

Schließlich wird abermals die Forderung gestellt, daß die deutschen Städte Oesterreichs in die Lage versetzt werden, durch ihre Vertrauensmänner an den Maßnahmen des Staates und der von ihm legitimierten Zentralstellen hinsichtlich der Approvisionierung tätig mitzuwirken.

Nach vierstündiger Dauer schloß der Vorsitzende Obmannstellvertreter Reichsrats-Abgeordneter Kraft die Sitzung.